

Drobits: Kinder und Jugendliche vor Werbung mit ungesunden Lebensmitteln schützen

Nun ist Gesundheitsminister Mückstein gefordert, dem Druck der ÖVP nicht nachzugeben



*Christian Drobits, Abgeordnetenportrait der 27. Gesetzgebungsperiode @
Parlamentsdirektion / Photo Simonis*

Übergewicht ist die mit Abstand größte Gesundheitsgefährdung für Kinder- und Jugendliche. Die **SPÖ** fordert daher ein Verbot von Werbung für gesundheitsschädliche Lebensmittel während und nach Sendungen für Kinder und Jugendliche, erklärte SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Christian Drobits.

Dafür sei es wichtig, dass die in den nächsten Tagen zusammentretende Nationale Ernährungskommission Grenzwerte für gesundheitsschädliche Zusätze wie Fett oder Zucker festlegt, damit Werbeverantwortliche eine klare

Handlungsanleitung direkt aus dem Gesundheitsministerium erhalten. „Die ÖVP versucht offensichtlich auf allen Ebenen und mit Falschinformationen, einen derartigen Beschluss zu verhindern. Ich fordere den dafür zuständigen Gesundheitsminister Mückstein auf, diesem Druck nicht nachzugeben“, so Drobits.

Schutz vor Übergewicht

Die angestrebten Empfehlungen betreffen nicht Werbung generell, wie fälschlicherweise von der ÖVP verbreitet, sondern nur Werbefenster im Umfeld von Kinder- und Jugendsendungen. Und es betrifft nur ausgewiesene gesundheitsschädliche Produkte wie etwa Energy-Drinks, Eis, Schokolade, Süßigkeiten, Softdrinks mit hohem Zuckergehalt und ähnliches. Im Gegensatz zu Behauptungen der „Lobby für ungesunde Lebensmittel“ sind Milchprodukte davon grundsätzlich nicht betroffen, es sei denn, sie haben einen besonders hohen Fett- oder Zuckergehalt.

18 bis 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig. Übergewicht ist somit die größte Gesundheitsgefährdung für Kinder und Jugendliche, mehr als Rauchen, Armut oder verschimmelte Wohnungen, erläuterte Drobits, und weiter: „Es ist umso verwunderlicher, dass das Gremium, welches Kinderwerbung künftig kontrollieren soll, nämlich der Werberat in der Wirtschaftskammer, klare Kriterien ablehnt, obwohl das seine Arbeit der Bewertung massiv erleichtern würde.“

Nachdem im letzten Jahr verabsäumt wurde, eine diesbezügliche gesetzliche Beschränkung einzuführen, muss es zum Schutz der Kinder und Jugendlichen wenigstens rasch zu den schon seit längerem hinausgezögerten genannten Beschlüssen in der Nationalen Ernährungscommission kommen. Mittelfristig braucht es eine unabhängige Behörde, die Kontrollen durchführt, schloss der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at